

Helmut Gerber Zur Sache: «In fünfzig Jahren ist alles vorbei» – Vom Horror der Landschaftsvernichtung

«In fünfzig Jahren ist alles vorbei», mit diesem Couplet erheiterte und tröstete einst Otto Reutter seine Zeitgenossen in den schwierigen Weimarer Jahren.

Dieser Satz verliert heute jeden humorvollen Beiklang und wird zum Menetekel, zur Schreckensvision, wenn man ihn auf den horrenden Verbrauch von Landschaft bezieht, diesem nicht vermehrbaren und schlechthin unersetzlichen Lebensgut. Denn in Deutschland und zumal in Baden-Württemberg wird es innerhalb der nächsten zwei Generationen dahin gekommen sein, dass so gut wie keine unverbauten und unzerschnittenen Landschaftsräume von nennenswerter Erstreckung und befriedigender ökologischer und ästhetischer Qualität mehr vorhanden sind, wenn sich die seit Jahrzehnten grassierende und inzwischen geradezu wahnsinnig gewordene Bau- und Erschließungswut zu Lasten freier Landschaft, vor allem land- und forstwirtschaftlicher Flächen, ungebremst weiterfrisst.

Die verfügbaren statistischen Zahlen sprechen eine überdeutliche Sprache. Für Wohn-, Gewerbe- und Industriebau, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen sowie Verkehrsanlagen werden – bei stetig steigender Tendenz – in Deutschland gegenwärtig jeden Tag 130 Hektar Landschaftsfläche in Anspruch genommen; das entspricht tagtäglich 200 Fußballfeldern! Auf diese Weise fällt in der Bundesrepublik innerhalb von nicht einmal zwei Jahren eine Fläche von der Größe des Bodensees neuer Überbauung und Versiegelung anheim. Am unerträglichsten haben sich die Verhältnisse in vielen Ballungsräumen entwickelt, wo Natur und freier Raum allenfalls noch fetzenweise existieren. Aber auch in eher ländlichen Bereichen breiten sich Neubaugebiete längst wie wuchernde Krebsgeschwüre aus.

In Baden-Württemberg, das mit seinem Anteil an verbauter Fläche an sich schon über dem Durchschnitt der Bundesrepublik liegt und gleichzeitig besonders schöne, reichgestaltige und bewahrenswerte Landschaften aufweist, waren es ausgangs der Neunzigerjahre pro Tag nicht weniger als elf Hektar, die der freien Natur und der Erholung in ihr auf Dauer entzogen worden sind; mittlerweile liegt das tägliche Opfer sogar offenbar bei rund dreizehn Hektar, wenn nicht schon darüber. Zusammenfassend lässt sich über den gigantischen Verbrauch an Landschaft gerade im deutschen Südwesten sagen: In den letztvergangenen drei, vier Jahrzehnten – also binnen nur einer, nämlich der letzten Generation – ist für Bau- und Verkehrszwecke mehr Fläche bean-

sprucht worden, als von allen früher lebenden Generationen zusammengenommen. Eine Bilanz des schieren Irrsinns! Sie zeigt, dass die Verantwortlichen augenscheinlich jeden Sinn für Nachhaltigkeit und Zukunftsvorsorge verloren haben.

Die Ursachen der Problematik sind vielschichtig, so etwa die maßlos gewordene Gier nach wirtschaftlichem Wachstum um jeden Preis, nach monetärem Maximalprofit und nach aufwändigem Wohlleben, die Verantwortungsscheu und Schwäche der Politik in der Wirtschafts-, Parteien- und Massendemokratie, die unzureichenden und zudem mehr als lax gehandhabten gesetzlichen Vorgaben auf Bundes- und Landesebene, ein aberwitziges Steuersystem, eine überzogene Planungshoheit der Kommunen und verfehlte stadtplanerische Konzepte.

Soll der Tragödie noch Einhalt geboten werden, müsste sich die Zielvorstellung durchsetzen, möglichst bald zu einem Nullverbrauch von Landschaft zu kommen. Leitlinie sollte werden, Neubebauung grundsätzlich auf zu reaktivierende städtebauliche Brachflächen zu konzentrieren sowie mehr bauliche Verdichtung und durchmischte Nutzung zu verwirklichen. Entwicklungen, die Neuverbrauch von Land und vermeidbares Verkehrsaufkommen hervorrufen, müssen mit Nachdruck bekämpft werden. Hierfür muss das stumpfe staatliche Planungsrecht – unter Ausschöpfung der vom Grundgesetz verfügbaren Sozialpflichtigkeit des Eigentums – energisch geschärft und durchgesetzt werden, flankiert durch wirkungsvolle Maßnahmen im Steuer- und Abgabenwesen und gegenüber der kommunalen Finanzwirtschaft; auch sind angesichts des globalen Wettbewerbs internationale Regelungen anzustreben. Nicht jeder Bodenspekulant und «Investor», der sich mit seinen Geschäften auf der grünen Wiese breit machen will, sollte künftig noch als finanzieller Glücksbringer bewillkommenet werden; die öffentliche Meinung sollte vielmehr prüfen, ob er nicht eher als Zerstörer von Lebensqualität abzuwehren wäre.

Entgegen allen heuchlerischen Bekenntnissen zur Pflege von Natur und Heimat in den Sonntagsreden von Politikern haben sich Staat und Kommunen unter dem rücksichtslosen Druck von Wirtschafts- und Privatinteressen bisher als unfähig zur Umkehr erwiesen. Deshalb muss der Druck auf die Politik aus Bürgerschaft, Verbänden und Medien massiv verstärkt werden. Wir dürfen uns nicht nach der feigen und gewissenlosen Devise verhalten: «Nach uns die Sintflut» – eine Sintflut aus Asphalt und Beton.